

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Siegfried Vergin MdB zum Urteil des Kasseler Bundessozialgerichtes: Längst fällige Entscheidung zur Wehrmachtsjustiz.

Seite 1

Walter Hiller zu Bonner Behauptungen, Sozialhilfeempfang sei attraktiver als Lohn: Kein Leben in Saus und Braus.

Seite 2

Hanna Wolf MdB zu den jüngsten Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU, ein Mindestalter für die Sozialhilfe einzuführen: Wie man bei den Bedürftigen noch etwas "abzwickeln" kann.

Seite 3

Professor Dr. Peter Paul Gantzer MdL zu einer Geschmacklosigkeit bei der Polizeipressearbeit: Der "Zwölfingermann".

Seite 3

Dokumentation

"Die Konfrontation mit Vernichtung zumuten" will die Ausstellung "Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 bis 1945", die von der Hamburger Kultursenatorin Dr. Christina Weiss, eröffnet wurde. Ihre Ansprache im Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 42

3. März 1993

Längst fällige Entscheidung zur Wehrmachtsjustiz Zum Urteil des Kasseler Bundessozialgerichtes

Von Siegfried Vergin MdB
Sprecher der Projektgruppe "Bekämpfung von
Rechtsextremismus und Gewalt" der SPD-Bundestagsfraktion

Das Urteil des Bundessozialgerichtes Kassel war überfällig. Endlich wurde klargestellt, daß die Urteile der nationalsozialistischen Wehrmachtsjustiz nicht als Rechtsprechung respektiert werden können.

Es ist beschämend, daß es der Hartnäckigkeit eines Nicht-Juristen bedurfte, bevor die bundesdeutsche Justiz sich endlich zu dieser Einschätzung durchgerungen hat. Wenn der Bericht des "Spiegel" vom Montag zutrifft, dann zeigt sich hier ein weiteres Beispiel für den unsensiblen Umgang der deutschen Justiz mit ihrer eigenen braunen Vergangenheit und das Ausmaß der Verdrängung.

Der "Spiegel" berichtet, der Jurist Erich Schwinge, der die "herrschende Meinung" über die Kriegsgesichte nach 1945 maßgeblich mitbestimmt habe, sei auch an der Auslegung des Wehrstrafrechtes zur Zeit des Nationalsozialismus beteiligt gewesen und habe als Kriegsrichter selbst mindestens ein Todesurteil ausgesprochen. Nach dem Krieg konnte dieser Mann dennoch Karriere machen. Er arbeitete als Ordinarius und später als Rektor der Universität Marburg. Nun fühlt sich Herr Schwinge berufen, das Urteil des Bundessozialgerichtes zu kritisieren. Offensichtlich war es diesem Herrn möglich, sein Rechtsempfinden unbeschadet aus der Zeit des Nationalsozialismus bis heute zu erhalten.

Es ist gut, daß das Kasseler Gericht hier neue Maßstäbe aufgezeigt hat.

(-/3. März 1993/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstalter: Linzerte
mit wertvollem Rahmenger
Recycling-Papier



Kein Leben in Saus und Braus
Zu Bonner Behauptungen, Sozialhilfeempfang sei attraktiver als Lohn

Von Walter Hiller
Sozialminister des Landes Niedersachsen

Die Abhängigkeit von Sozialhilfe ermöglicht kein Leben in Saus und Braus, denn sie sichert lediglich das Existenzminimum. Für keinen Arbeitnehmer ist die Abhängigkeit von Sozialhilfe eine verlockende Alternative zu einer festen Beschäftigung. Der Bundesregierung und den Arbeitgebern ist vorzuwerfen, mit zweifelhaften Studien und falschen Behauptungen die Mär zu verbreiten, Sozialhilfesätze würden über den Lohn einkommen liegen. Wer arbeitet erhält unter dem Strich stets mehr als ein nicht arbeitender Sozialhilfeempfänger. So sind die Regelsätze in der Sozialhilfe seit 1963 lediglich um 60 Prozent gestiegen, während die Nettolohn- und Gehaltssumme je beschäftigtem Arbeitnehmer um 77 Prozent gestiegen ist.

Das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in Köln hat in mehreren Gutachten für die Bundesregierung den Nachweis erbracht, daß der gesetzlich verlangte Abstand zwischen dem Sozialhilfeniveau und dem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen von Arbeitnehmern gewahrt ist. Erst bei Ehepaaren mit drei Kindern kann das Sozialhilfeniveau das in Betracht kommende Arbeitnehmereinkommen übersteigen. Für kinderreiche Familien hat der Bundesgesetzgeber besondere soziale Ausgleichsleistungen vorgesehen, um den Lebensunterhalt größerer Haushaltsgemeinschaften zu sichern.

Wenn in Mehrpersonenhaushalten die Sozialhilfeleistungen in einzelnen Fällen über dem Einkommen von Arbeitnehmern in unteren Lohngruppen liegen würden, so ist dies nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Arbeitnehmer aus Scham oder aus Unwissenheit ihr Recht auf Sozialhilfe nicht wahrnehmen würden. Nur wenn Mehrpersonenhaushalte mit einem geringen Arbeitseinkommen darauf verzichten, ergänzende Sozialhilfe zu beantragen, kann ein ausschließlich von der Sozialhilfe lebender Haushalt besser dastehen.

Die Diskussion um den Abstand von Sozialhilfe und Arbeitseinkommen wird von der Bundesregierung als Vorwand benutzt, um die geplanten Kürzungen beim Arbeitslosengeld, der Arbeitslosenhilfe, beim Wohngeld und der Sozialhilfe durchzusetzen. Mit der beabsichtigten Demontage von sozialen Leistungen für arme und einkommensschwache Menschen beweist die Bundesregierung einmal mehr, daß sie keine soziale Schamgrenze mehr kennt.

Offensichtlich spekuliert die Bundesregierung darauf, daß sich immer mehr Menschen in die verdeckte Armut abdrängen ließen, ohne ihr Recht auf Sozialhilfe wahrzunehmen. Oder aber die von den Leistungskürzungen betroffenen Menschen fordern ihren Rechtsanspruch auf Sozialhilfe ein, dann hätte es der Bund geschafft, Kosten auf die Städte und Landkreise abzuwälzen, denn die sind für die Finanzierung der Sozialhilfe zuständig.

(-/3. März 1993/rs/ks)

Wie man bei den Bedürftigen noch etwas "abzwacken" kann

Zu den jüngsten Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU, ein Mindestalter für die Sozialhilfe einzuführen

Von Hanna Wolf MdB

Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Frauen und Jugend

Das Bundesverfassungsgericht hat noch immer nicht entschieden, ob es die Rechtsansprüche und Hilfen des neuen Familien- und Schwangerenhilfegesetzes als hinreichenden Schutz für das werdende Leben ansieht, da werden im konservativen Lager jeden Tag neue Vorschläge laut, wie man bei Kindern, Jugendlichen und Familien Geld für das Haushaltschaos abzwacken und ihre Rechtsansprüche aushöhlen kann:

- Die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU möchte, daß "junge Menschen sich nicht in der sozialen Hängematte ausruhen". Dazu fällt ihr aber weder sozialpsychologische Motivation, noch arbeitsmarktpolitische Förderung et cetera ein, sondern einfach der Wegfall des Sozialhilfeanspruchs. Der jüngste Bericht der deutschen Armutskonferenz hat jedoch erschreckend deutlich gemacht, in welchem Maße gerade junge Menschen heutzutage unter die Armutsgrenze fallen. Die CSU sollte sich doch mal bei der Caritas umsehen, wie andere - junge - Leute vielfach leben müssen.
- In das gleiche Bild paßt der Kindergartentrick der CSU. Das Bayerische Kultusministerium glaubt nämlich, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nicht erfüllen zu müssen, weil in Bayern die Kindergärten eben dem Bildungs- und nicht dem Sozialbereich angegliedert sind.
- Bundesfamilienministerin Rönsch hat sich ebenfalls schon mit ihren zynischen Vorschlägen zur Eindämmung des Sozialhilfe-'Mißbrauchs' und zur Kürzung des Kindergeldes für kinderreiche Familien einen Namen gemacht.

Sollte es die konservative Strategie sein, dem Verfassungsgericht deutlich zu machen, daß es die im Familien- und Schwangerenhilfegesetz festgeschriebenen Hilfen und Rechtsansprüche - die ja theoretisch in Kraft sind - nicht ernst zu nehmen habe und damit der Lebensschutz, den dieses Gesetz bieten soll, hinfällig sei?

(-/3. März 1993/rs/ks)

Der "Zwölfingermann"

Zu einer Geschmacklosigkeit bei der Polizeipressearbeit

Von Professor Dr. Peter Paul Gantzer MdL

Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion für Polizeifragen

Kürzlich verschickte die Pressestelle des Präsidiums der Bayerischen Grenzpolizei die Mitteilung von einem "Zwölfingermann" - samt Foto von den sechsringigen Händen - an die Presse. Dieser "Pressebericht" ist nicht nur in Inhalt und Stil geschmacklos, sondern geht voll auf Kosten einer genetischen Fehlbildung und damit auf Kosten eines Menschen. Ich bin bestürzt über die mangelnde Sensibilität und habe in einem Brief an Innenminister Stoiber die Ablösung des Pressesprechers der Grenzpolizei gefordert.

Der "Pressebericht" der Bayerischen Grenzpolizei hat folgenden Wortlaut:

Novität

Waidhaus. Erkennungsdienstliche Probleme bereitete ein 28 Jahre alter illegal nach Bayern gereister "Kosovo-Albaner" mit zwölf Fingern an seinen Händen den Beamten der Bayerischen Grenzpolizei in Waidhaus (Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab) bei der Abnahme seiner Fingerabdrücke. In den amtlichen Formblättern sind nur zehn Felder für die Abnahme der Fingerabdrücke vorgesehen. Mit einem Zusatzblatt wurde das Problem gelöst.

Auch an den Füßen war der 165 Zentimeter große Mann mit zwölf Zehen "bestückt", von denen aber keine daktyloskopischen Abdrücke zu nehmen wären.

Ansonsten sei an dem "Zwölfingermann" alles in Ordnung gewesen, teilten die Waidhauser Grenzpolizisten dem Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei mit.

Alle zwölf Finger sind voll funktionstüchtig. Die zusätzlichen Finger stören ihn nicht bei der Ausübung seines Berufes als Maurer.

Beigelegt war dem Bericht ein Foto, das zwei Hände mit jeweils sechs Fingern zeigt. Ich habe mich wegen dieses "Presseberichtes" an Innenminister Stoiber gewandt. Unter anderem habe ich geschrieben.

"Sehr geehrter Herr Minister,

soeben erhalte ich die anliegende Pressemitteilung der Pressestelle der Bayerischen Grenzpolizei samt Foto. Ich habe die Meldung zweimal lesen müssen, um zu glauben, was dort als besonders meldewürdig festgestellt worden ist.

Da reist doch ein "Kosovo-Albaner" mit zwölf Fingern illegal nach Bayern ein und der Grenzpolizei gelingt es tatsächlich, dieses Problem mit einem Zusatzblatt zu lösen. Besonders bemerkenswert: "Zum Glück" mußten von den zwölf Zehen keine daktyloskopischen abdrücke genommen werden. Und im übrigen sei bei dem "Zwölfingermann" alles in Ordnung gewesen: "Die zusätzlichen Finger stören ihn nicht bei der Ausübung seines Berufes als Maurer."

Sehr geehrter Herr Minister, diese Pressemitteilung, die noch mit einem Foto der Hände, aufgenommen durch die Bayerische Grenzpolizei, versehen war, ist mehr als geschmacklos. Ich betrachte es auch nicht als Aufgabe einer Polizeipressestelle, solche Meldungen abzusetzen. Sie verstoßen glattweg gegen die Menschenwürde.

Was hat, frage ich, eine illegale Reise mit zwölf Fingern und zwölf Zehen zu tun? Wäre eine solche Pressemeldung auch dann abgesetzt worden, wenn es sich bei dem Festgenommenen um einen deutschen Staatsangehörigen gehandelt hätte?

"Hier sind nicht nur die Grenzen des guten Geschmacks überschritten worden. Hier wird auf Kosten einer genetischen Fehlbildung und damit auf Kosten eines Menschen Pressepolitik betrieben. Was Geistes Kind muß ein solcher Pressesprecher sein, der darüber hinaus auch noch die Fotos der Hände mitverschickt? Es bleibt für mich nur eine Konsequenz: Der Pressesprecher ist am falschen Platz. Er hat keine Sensibilität, mit solch diffizilen Dingen umzugehen. Sie sollten ihn bitte ablösen."

(-/3. März 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Konfrontation mit Vernichtung und Krieg zumuten

Die Hamburger Kultur-Senatorin Dr. Christina Weiss (parteilos) eröffnete kürzlich die Ausstellung "Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 bis 1945" im Museum für Hamburgische Geschichte. Dabei sprach sie diese Worte:

1993 gedenkt Hamburg, bewegt durch den 50. Jahrestag, der Bombardierung der Hansestadt von 1943. Ein Bombardement, das so viel Leid und Zerstörung bedeutet hat, daß es bis heute als "Feuersturm" bezeichnet wird. Die Ausstellung "Der Krieg gegen die Sowjetunion", ist ein Teil, der erste Teil, dieses Gedenkens.

Das Denken an das Bombardement, das Nachdenken über seine Gründe führt schnell auf einen anderen Jahrestag, der vor wenigen Tagen stattfand: die 60. Jährgung der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Die Bombardierung Hamburgs, die Zerstörung vieler deutscher Städte zehn Jahre später muß als eine direkte Folge der nationalsozialistischen Machtübernahme gesehen werden.

Schon am 3. Februar 1933, vor 60 Jahren also, vier Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler, hat Hitler in einem Vortrag führende Militärs mit seinen Eroberungs- und Vernichtungsplänen - vor allem in Richtung Osten - bekannt gemacht. An diesen Umstand erinnert der Redakteur der Wochenzeitschrift "Die Zeit" Benedikt Erenz in einem Interview mit dem Militärhistoriker Manfred Messerschmidt, das jüngst erschien. Der Geschichtswissenschaftler führt in dem Gespräch aus, wie willkommen diese Pläne der damaligen militärischen Führung waren.

Der Weltkrieg, der darauf folgte, der unser Leben und unsere Geschichte erschüttert hat, ist in einer Flut von Zeugnissen und Berichten dokumentiert worden. Eigenartig und befremdlich fällt ins Auge, daß diese Dokumentationen sich oft unkritisch, fast fasziniert besonders strategischen Fragen widmen, ja daß sie gar zur Verklärung des kriegerischen Handelns der deutschen Wehrmacht neigen. Ich zitiere Benedikt Erenz: "Von dem Verbrechen, das dieser Krieg an sich war, und von dem Charakter dieses Krieges im besonderen, dieses Vernichtungskrieges - vor allem gegen die Sowjetunion -, ist eigentlich selten die Rede." Es stimmt, in der Bundesrepublik wurde nach dem Kriege über zwanzig Jahre lang der von vorne herein verbrecherische Charakter des sogenannten "Rußlandfeldzuges" verschwiegen.

Die Ausstellung "Der Krieg gegen die Sowjetunion" hier im Museum für Hamburgische Geschichte ist ein Versuch, eben diesen Charakter des Vernichtungskrieges zur Sprache zu bringen und vor Augen zu führen. Besser als mahnende Literatur und Beschreibungen können die Dokumente und Augenzeugenberichte diese Aufgabe leisten. Ich glaube, wir stehen in der nun 50jährigen Distanz zum Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion und zur Bombardierung Hamburgs an einer entscheidenden Stelle, was die Möglichkeiten des Nachdenkens und Gedenkens angeht. Aus den allermeisten Familien kennen wir Berichte aus dem Krieg und Diskussionen über den Krieg. Auch im privaten Bereich überwog bisher die Tendenz zum Verdrängen des Schrecklichen, zum Tabuisieren oder zum Verklären. Das mag mit der Trauer, mit dem Entsetzen über alle geschehenen und verursachten Schrecknisse zusammenhängen, damit, daß es wahrhaftig schwer ist, sich solcher eigenen Geschichte zu stellen.

Wie schwer und mühsam es sein kann, erleben wir in Hamburg seit vielen Jahren ja auch bei den Diskussionen um das vieldiskutierte sogenannte 76er Denkmal am Dammtor. Immer noch wirkt dieses Denkmal, das den Soldaten zum Helden macht, mit seiner unmenschlichen Schriftzeile stärker, machtvoller, wie triumphierend auf Hamburger und Touristen als die Denkmäler, die das Handeln des Militärs problematisieren. Auch diese Spannung ist ein wichtiger Teil hamburgischer Geschichte. Das 76er Denkmal und die Inschrift "Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen" wurde ja auch als ein Teil des Plakates zu dieser Ausstellung gewählt.

Die Rolle des Gegendenkmal von Alfred Hrdlicka sollte stärker wieder ins Bewußtsein gebracht werden, zumal beide Denkmäler an so zentraler Stelle Hamburgs stehen, in direktem, spannungsgeladenem Bezugsfeld: der Versuch der Kunst, die Übermacht des Kriegerdenkmals zu brechen.

Was nun aber die Distanz, die zeitliche Distanz zum letzten Krieg bewirken kann, ist ja, daß wir allmählich die Tabuisierung und Verdrängung überwinden können, daß Schmerz, Trauer, vor allem auch Beschämung nachlassen, daß wir uns in einer klareren, bewußteren Weise dem Erinnern stellen können. Das ist jetzt besonders wichtig, da es immer weniger überlebende Augenzeugen gibt, die von dem Schrecken und den unglaublichen Ereignissen einer Zeit, der schwärzesten deutschen Epoche, direkt berichten können. Wir dürfen gerade heute nicht darüber schweigen, wir müssen uns allen - und gerade auch der Jugend - immer wieder die Konfrontation mit dem deutschen Größenwahn, der deutschen Vernichtungsabsicht und ihrer Umsetzung durch diesen Krieg zumuten.

Ein Stück Geschichte, das neu begriffen werden muß

Die Ausstellung "Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 bis 1945" wurde von der Arbeitsgruppe Topographie des Terrors innerhalb der Berliner Festspiele unter Leitung von Professor Dr. Reinhard Rürup erarbeitet. Die Dokumente dieser Ausstellung wirken für sich selbst: denn die Arbeitsgruppe hat auf Kommentare weitestgehend verzichtet: es ist gewiß richtig, diesen Fotos und Materialien zuzutrauen, daß sie selber eine deutliche Sprache sprechen können. Auch ist es aber richtig, daß begleitende Veranstaltungen, sei es vom Museumspädagogischen Dienst, sei es die wissenschaftliche Vortragsreihe, seien es die Projektstage, die sich besonders an Schüler richten, und Vorträge, Gespräche und Diskussionen zu der stummen Sprache der Dokumente in einen lebendigen Austausch treten. Allen, die daran teilnehmen, allen, die diese Ausstellung besuchen, tritt ein Stück jüngerer deutscher Geschichte entgegen, das neu begriffen werden muß.

Der Tag dieser Eröffnung, ist gleichzeitig der 50. Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in Stalingrad. Beides, diese Kapitulation und die Bombardierung Hamburgs, haben großes Leid bedeutet und dazu geführt, daß in der Wahrnehmung Nachkriegsdeutschlands dieser Ereignisse die Opferschaft im Vordergrund stand. Sich unserer Täterschaft, die die Ursache dafür war, unerschrocken bewußt zu werden, dafür ist diese Ausstellung ein wichtiges Angebot.

Wir dürfen über der Trauer um unsere eigenen Opfer nicht die historische Entwicklung vergessen, die diesem Geschehen vorausging und es überhaupt erst herausforderte. Ich halte es für eine sehr richtige und wichtige Entscheidung, daß der in diesem Haus für die Jahresmitte geplanten großen Sonderausstellung "Wenn alles in Scherben fällt - Hamburgs Weg in den Feuersturm" die Dokumentation über den Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion vorangestellt worden ist. (...)

(-/3. März 1993/rs/ks)
